

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung,  
Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung  
III F 2.4

Berlin, den 13.08.2024  
9028 1029  
torsten.otte@senasgiva.berlin.de

**1688 A**

An  
den Vorsitzenden des Hauptausschusses

über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über  
Senatskanzlei - G Sen -

### **Überlegungen Sozialunternehmen zur Schaffung von Wohnraum und Unterbringung für wohnungs- und obdachlose Menschen**

**Rote Nummer:** 1688

**Vorgang:** 63. Sitzung des Hauptausschusses vom 12.06.2024

**Ansätze:** entfällt

Der Hauptausschuss hat in seiner oben bezeichneten Sitzung Folgendes beschlossen:

„Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kündigt an, dem Büro des Hauptausschusses bis Freitag, 14.06.2024, 12.00 Uhr, Fragen zum Folgebericht zum Zeitplan und den Zwischenergebnissen bei der Erarbeitung der Folgezielvereinbarung Soziale Wohnhilfen nachzureichen, die von der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales, Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung schriftlich beantwortet werden sollen.“

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat zum „Folgebericht zum Zeitplan und den Zwischenergebnissen bei der Erarbeitung der Folgezielvereinbarung Soziale Wohnhilfen der SenAS-GIVA vom 15.05.2024“ (Berichtsauftrag aus der 49. Sitzung vom 10.11.2023) folgende Fragen eingereicht:

1. Welche Pläne bestehen bei der Senatsverwaltung zur Schaffung eines sozialwirtschaftlichen Eigenbetriebes zur Errichtung von Wohnraum für bestimmte Zielgruppen?

2. Welche Alternativen wie Bürgschaften für bestehende Akteure wurden bspw. mit der Liga der Wohlfahrtverbände diskutiert und aus welchen Gründen verworfen?

Beschlussempfehlung:

Der Hauptausschuss wird gebeten, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen und ihn als erledigt anzusehen.

Hierzu wird berichtet:

Zu Frage 1.:

Es bedarf einer ausgiebigen Prüfung der im Land Berlin in Betracht kommenden Optionen unter Abwägung aller Für und Wider. Dabei soll auch der Aufbau eines landeseigenen „Sozialunternehmens“ nach Vorbild der Freien und Hansestadt Hamburg unter Einbeziehung der gemachten Erfahrungen geprüft werden. Bei dem Hamburger Sozialunternehmen Fördern & Wohnen handelt es sich um eine Anstalt des öffentlichen Rechts mit den Geschäftsfeldern Unterbringung und Wohnen.

Zudem wird in Erwägung gezogen, ein externes Gutachten in Auftrag zu geben.

Zu Frage 2.:

Alternativen, wie Bürgschaften für bestehende Akteure, wurden bislang noch nicht diskutiert - auch nicht mit der LIGA der Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege in Berlin. Zunächst bleiben die vorgenannten Prüfungen abzuwarten.

In Vertretung

Max Landero

.....

Staatssekretär

Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales,

Gleichstellung, Integration, Vielfalt und Antidiskriminierung